

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(21. - öffentliche - Sitzung am 17. November 2023)

Tagesordnung:

1. **Ausbildungen attraktiver aufstellen: Mit einer Praktikumsprämie für technische und handwerkliche Berufe in unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft investieren!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2226](#)

Der Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- IHK Niedersachsen
- Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen e. V.

Der Ausschuss bittet den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT um Abgabe einer Stellungnahme.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2229](#)

Der Ausschuss setzt die Mitberatung des Gesetzentwurfs anhand der Vorlage 8 des GBD zu Artikel 11 fort und schließt sie ab.

Er empfiehlt dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen, die Änderungsempfehlungen zu § 2 Nr. 10 und § 5 zu übernehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Er empfiehlt dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen, die Änderungsempfehlung zu § 6 nicht zu übernehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Der Ausschuss empfiehlt dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dem Landtag die Annahme von Artikel 11 in der Fassung der Vorlage 8, ohne weitere Änderungen, zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den nachträglich geplanten Mitteln des Breitbandausbaus**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Unterrichtung zu. Er nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. **Verschärfung der Lkw-Maut aussetzen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2816](#)

Auf Antrag der Fraktion der AfD, die Informationen zu den Auswirkungen durch die Ausweitung der CO₂-Maut auf 3,5-Tonner ab dem 1. Juli 2024 und durch erhöhte CO₂-Abgaben ab dem 1. Januar 2024 auf die Preise für Diesel- und Benzin-Kraftstoff wünscht, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen. Er äußert die Erwartung, dass die Unterrichtung am 1. Dezember 2023 erfolgen kann und sie ansonsten in schriftlicher Form erfolgt.